
19/J XXIII. GP

Eingelangt am 30.10.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Gerald Hauser, Mag. Ewald Stadler
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Fortbestand der KIAB

In mehreren Zeitungen war von einer möglichen Zerschlagung der Kontrollgruppe für illegale Ausländerbeschäftigung (KIAB) durch die Aufteilung der Beamten auf die Tiroler Finanzämter zu lesen. Zum Beispiel hat die Tiroler Tageszeitung (TT) am 11. Oktober 2006 einen Bericht mit dem Titel „Pfuscherjäger kämpfen ums Überleben“ veröffentlicht. In der TT wurde festgehalten, dass sich auch die Wirtschaftskammer für die Pfuscherjäger in die Bresche wirft und dass die KIAB dem Staat viele Millionen an Strafgeldern bringt. Heinz Lemmerer von der Bau-Landesinnung wurde so zitiert: „Mit der Aufteilung der KIAB auf die Finanzämter wäre die Gefahr verbunden, dass sie dort mit anderen Aufgaben betraut und längerfristig der Bereich Bekämpfung illegaler Beschäftigung untergehen wird.“

Bereits am 21. April 2006 hat die Zeitung „Der Standard“ das Thema aufgegriffen (Titel: „Weiter Diskussion um Pfusch-Kontrolleure“). Laut Josef Wegscheider, KIAB-Beamter und FP-Vertreter im Zentralausschuss der Zollwache, geht in der KIAB die Angst um, zerschlagen zu werden. Einer, der anonym bleiben will, verweist im „Standard“ auf bürokratische Auflagen und zu wenig Personal. „Die Bilanz 2005 mit 3700 Fällen erfolgreicher Aufdeckung illegaler Ausländerbeschäftigung und 17 Millionen Euro dafür verhängten Strafen kann sich trotzdem sehen lassen“, befindet „Der Standard“.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Soll die bestens funktionierende und in der Öffentlichkeit hoch angesehene KIAB zerschlagen werden? Wenn ja, warum?
2. Soll die KIAB als stille Personalreserve der Finanzämter dienen?

3. Warum wird dem Ansinnen großer Tiroler Bauunternehmer für eine Beibehaltung der bestens funktionierenden KIAB nicht Rechnung getragen?
4. Möchte der Finanzminister Österreich als einziges Land in der EU ohne Finanzpolizei sehen?
5. Wie viel Strafgeder und Steuernachzahlungen wurden aufgrund der hervorragenden Arbeit der KIAB in den letzten Jahren für den Staat lukriert? Wie soll ein allfälliger Ausfall dieser Einnahmen kompensiert werden?
6. Gibt es eine faire Ausschreibung bei der Postenvergabe der KIAB und ist dabei die Objektivität gesichert?
7. Ist eine einheitliche Rechtsauslegung bundesweit gewährleistet, wie es die Sozialpartner öffentlich fordern?
8. Wie viele Beamte waren in den letzten Jahren bei der KIAB tätig, wie hoch ist der derzeitige Personalstand?
9. Sollte es zur Zerschlagung oder Auflösung der KIAB kommen, wie soll dann die illegale Ausländerbeschäftigung bekämpft werden?

Wien, am 30. Oktober 2006